

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Kai Gehring, Margit Stumpp, Beate Walter-Rosenheimer, Dr. Anna Christmann, Katja Dörner, Erhard Grundl, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Maria Klein-Schmeink, Ulle Schauws, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Kordula Schulz-Asche und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lehren für die Bildungsforschung aus dem Bildungsbericht 2020

Der Bericht „Bildung in Deutschland 2020“ ist eine Bestandsaufnahme des deutschen Bildungssystems vor Beginn der Corona-Pandemie. Der Bericht weist aus Sicht der Fragesteller erneut auf die großen Herausforderungen für das deutsche Bildungssystem hin: Es verlassen wieder mehr junge Menschen die Schule ohne Abschluss, der langjährige Trend hin zum Erwerb höherqualifizierender Schulabschlüsse (mittlere Reife, Hochschulreife) ist gebrochen, der Einfluss des sozialen Hintergrunds auf den Bildungserfolg ist nach wie vor groß, was sich u. a. daran zeigt, dass Kinder aus Nicht-Akademiker-Familien bei gleichen Schulleistungen deutlich seltener ein Studium aufnehmen als Kinder aus Akademiker-Familien. Hinzu kommen Defizite bei den digitalen Kompetenzen der Bildungsteilnehmenden. Ein beträchtlicher Teil von Auszubildenden, Studierenden und Beschäftigten gibt an, nur über geringe digitale Kompetenzen zu verfügen (siehe z. B. International Computer and Information Literacy Study (ICILS) 2018). Die Corona-Pandemie wird nach Erwartung der Fragesteller vorhandene Problemlagen verschärfen. Daher erscheint es aus Sicht der Fragesteller dringlich, unverzüglich Gegenmaßnahmen aufzusetzen, sie über die Bildungsforschung zu begleiten und Erkenntnisse der Bildungsforschung in die Praxis umzusetzen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wurde die Bundesregierung durch die Befunde des Bildungsberichts 2020 – es verlassen wieder mehr junge Menschen die Schule ohne zumindest den Hauptschulabschluss, der langjährige Trend hin zum Erwerb höherqualifizierender Schulabschlüsse (mittlere Reife, Hochschulreife) ist gebrochen, Defizite bei den digitalen Kompetenzen der Bildungsteilnehmenden – überrascht oder gab es seit Erscheinen des letzten Bildungsberichts 2018 bereits erste Hinweise auf diese neuen Herausforderungen?
2. Welche Entwicklung erwartet die Bundesregierung in den nächsten Jahren bei der Quote von Schulabgängern ohne Abschluss auch mit Blick auf die Veränderungen durch die Corona-Pandemie?
3. Welche zusätzlichen Forschungsprojekte erachtet die Bundesregierung für sinnvoll, um die Zahl von Schulabbrüchen zu minimieren und auch die Wirksamkeit von Strategien gegen Schulabbruch zu untersuchen?

4. Welche Erkenntnisse und Hinweise hat die Bundesregierung aus den bereits von ihr im Rahmenprogramm empirische Bildungsforschung geförderten Projekten gewonnen, um die Quote von Jugendlichen ohne Schulabschluss zu reduzieren?
Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Anwendung vorhandener Erkenntnisse in der Praxis erfolgt?
5. Inwiefern sieht sich die Bundesregierung durch die Befunde des Bildungsberichts 2020 veranlasst, das mit den Ländern auf dem Bildungsgipfel 2008 verabredete Ziel anzupassen, die Quote an Schulabgängern ohne Schulabschluss bis zum Jahr 2015 von 8 auf 4 Prozent zu halbieren?
6. Warum konnte nach Auffassung der Bundesregierung die Quote an Erwachsenen ohne Berufsausbildung bisher nicht – wie mit den Ländern auf dem Bildungsgipfel von 2008 verabredet – von 17 auf 8,5 Prozent gesenkt werden?
7. Welche Entwicklung erwartet die Bundesregierung in den nächsten Jahren bei der Quote an Erwachsenen ohne Berufsausbildung auch mit Blick auf die Veränderungen durch die Corona-Pandemie?
8. Welche Erkenntnisse und Hinweise hat die Bundesregierung aus den bereits von ihr im Rahmenprogramm empirische Bildungsforschung geförderten Projekten gewonnen, um die Quote an Erwachsenen ohne Berufsausbildung zu reduzieren?
Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Anwendung vorhandener Erkenntnisse in der Praxis erfolgt?
9. Welche zusätzlichen Forschungsprojekte erachtet die Bundesregierung für sinnvoll, um die Quote an Erwachsenen ohne Berufsausbildung zu reduzieren?
10. Inwiefern sieht sich die Bundesregierung durch die Befunde des Bildungsberichts 2020 veranlasst, das mit den Ländern auf dem Bildungsgipfel 2008 verabredete Ziel anzupassen, die Quote von Erwachsenen ohne Berufsausbildung zu halbieren?
11. Wie bewertet die Bundesregierung, dass sich der seit dem Bildungsbericht 2006 aufgezeigte Trend zu Erhöhung des Bildungsstands in dem Bericht 2020 erstmals nicht fortsetzt?
12. Welche Entwicklung erwartet die Bundesregierung in den nächsten Jahren bei der Entwicklung des Bildungsstands auch mit Blick auf die Veränderungen durch die Corona-Pandemie?
13. Welche Herausforderungen sieht die Bundesregierung in der Trendwende weg von der Höherqualifizierung bezogen auf
 - a) die Erwerbsbeteiligung und die Sicherung des Fachkräftebedarfs,
 - b) die Arbeitszufriedenheit,
 - c) die Einkommen,
 - d) die Gesundheit,
 - e) das politische Interesse und ehrenamtliche Engagement?
14. Welchen Erkenntnisdefizite und Forschungsbedarfe sieht die Bundesregierung bezüglich der Trendwende weg von der Höherqualifizierung, und wie will sie diese Defizite beseitigen?

15. Wie wird die Bundesregierung im Zusammenspiel mit Ländern, Sozialpartnern und weiteren bildungspolitischen Akteuren die digitalen Kompetenzen der Bildungsteilnehmenden erhöhen vor dem Hintergrund, dass es im Bildungsbericht 2020 heißt „Verschiedene Studien zeigen, dass ein beträchtlicher Teil von Auszubildenden, Studierenden und Beschäftigten angibt, nur über geringe digitale Kompetenzen zu verfügen“?
16. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den im Bildungsbericht 2020 erwähnten Analysen des Nationalen Bildungspanels, wonach „etwa ein Fünftel der Studierenden am Ende der Schulzeit nicht das Basisniveau erreicht, das bei Studienbeginn vorliegen sollte. Auch nach einigen Studienjahren bleiben immer noch viele Studierende unter dem Niveau, das für ein fortgeschrittenes Studium festgelegt wurde.“?
17. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Umsetzungsstand der KMK-Strategie (KMK = Kultusministerkonferenz) „Bildung in der digitalen Welt“ bezogen auf
 - a) die Implementierung eines Kompetenzrahmens verbindlicher Anforderungen für die Bildung in der digitalen Welt, damit alle Schülerinnen und Schüler, die zum Schuljahr 2018/2019 in die Grundschule eingeschult werden oder in die Sek I eintreten, bis zum Ende der Pflichtschulzeit die in diesem Rahmen formulierten Kompetenzen erwerben können,
 - b) das erfolgreiche Lernen in der digitalen Welt zum Schwerpunkt der Lehreraus-, Lehrerfort- und Lehrerweiterbildung zu machen und im Rahmen der Bildungsforschung die Entwicklung neuer fächerbezogener und fächerübergreifender didaktischer Modelle auch durch den Bund zu unterstützen und zu fördern,
 - c) die Verankerung des Umgangs mit digitalen Medien als selbstverständlicher Teil der wissenschaftlichen Karriere bis zur Professur?
18. Beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der im Bildungsbericht 2020 genannten Problemlagen und Herausforderungen zusätzliche Unterstützung der Länder, um die Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ umzusetzen?
19. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Autorinnen und Autoren des Bildungsberichts 2020, dass die Corona-Pandemie die Potenziale, aber auch die Notwendigkeit für eine umfängliche Integration digitaler Medien in den pädagogischen Alltag verdeutlicht?

Wenn ja, wie, und in welchen Schritten soll die Umsetzung in Kitas, Schulen, Ausbildungsbetrieben, Hochschulen, Einrichtungen der Weiterbildung erfolgen, bezogen auf

 - a) Verbesserung der Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit digitalen Medien sowie Zugang zu schnellem Internet (bitte Ist-Stand des jeweiligen Bildungsbereichs und Ausbauziele nennen),
 - b) Steigerung digitaler Mediennutzung in Bildungseinrichtungen (Kita, Schulen, Ausbildungsbetriebe, Hochschulen, Einrichtungen der Weiterbildung; bitte Ist-Stand des jeweiligen Bildungsbereichs und Ausbauziele nennen),
 - c) Einstellungen und Kompetenzen von pädagogischen Fachkräften, Lehrkräften, des Lehr- und Ausbildungspersonals,
 - d) Erwerb von Digitalkompetenzen durch Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende?

20. Welche Projekte fördert die Bundesregierung u. a. im Rahmenprogramm „empirische Bildungsforschung“ zur Digitalisierung im Bildungsbereich?
21. Welche Erkenntnisse und Hinweise hat die Bundesregierung aus den bereits von ihr im Rahmenprogramm empirische Bildungsforschung geförderten Projekten zur Digitalisierung im Bildungsbereich gewonnen, um
- die digitalen Kompetenzen von Bildungsteilnehmenden und der pädagogischen Fachkräfte, der Lehrenden und des Ausbildungspersonals in den einzelnen Bildungsbereichen zu erhöhen,
 - digitale Medien nebst fächerbezogener und fächerübergreifender didaktischer Einbettung einzusetzen?

Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Anwendung vorhandener Erkenntnisse in der Praxis erfolgt?

22. Welche konkreten Projekte der begleitenden Evaluation des DigitalPakts Schule 2019 bis 2024 hat die gemeinsame Steuerungsgruppe nach § 17 der Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 bereits auf den Weg gebracht?
- Wer ist mit der vereinbarten begleitenden Evaluation beauftragt?
 - Welche Ergebnisse liegen bereits vor, bzw. wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?
 - Umfasst die begleitende Evaluation auch Bedarfsprognosen für die digitale Ausstattung an Schulen für die Zeit nach 2024 (wenn ja, welche, wenn nein, warum nicht)?
23. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Autorinnen und Autoren des Bildungsberichts 2020, wonach die Forschung und die Förderpolitik zur Nutzung digitaler Technologien zu häufig bildungsbereichsspezifisch bearbeitet werden?
- Inwiefern wird die Bundesregierung zusammen mit den Ländern ihre Forschungs- und Förderpolitik entsprechend zügig neu ausrichten?
24. Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die Forderung der Autorinnen und Autoren des Bildungsberichts 2020 umzusetzen, zeitnah eine Querschnittsstudie durchzuführen, die repräsentativ im Vergleich aller Bildungsbereiche Informationen darüber erfragt, wie und mit welchem Erfolg die Einrichtungen, die pädagogischen Praktikerinnen und Praktiker und Lernende digitale Medien nutzen (können)?
25. Welche Ziele bezüglich des Einsatzes digitaler Medien und digitaler Kompetenzen hält die Bundesregierung für sinnvoll, und bis wann will sie sich diesbezüglich mit den Ländern auf eine gemeinsame Strategie verabreden, um die Ziele zu erreichen?
26. Wie ist aus Sicht der Bundesregierung der Stand der Digitalisierung in der Weiterbildung, und welche neueren Entwicklungen ergeben sich durch die Corona-Pandemie?
27. Welche Grenzen der Digitalisierung sind sichtbar geworden, bzw. wo besteht Bedarf, Weiterbildungspersonal digital fortzubilden oder dass die digitale Infrastruktur (Netzausbau, bessere Bandbreiten, bessere technische Lösungen etc.) qualitativ und quantitativ so verbessert wird, dass digitales Lernen in ganz Deutschland Alltag werden kann?
28. Inwiefern setzt sich die Bundesregierung für Standards zur Qualitätssicherung digitaler Lehrangebote in der Erwachsenen- und Weiterbildung ein?

29. Inwiefern prüft die Bundesregierung, mit den Ländern und Sozialpartnern einen Digitalpakt Weiterbildung zu verabreden?
30. Wie hat sich die inländische Studienanfängerquote seit 2014 entwickelt, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus, dass die inländische Anfängerquote zurückgeht?
31. Wie viele Studienberechtigte in Deutschland verzichten auf ein Studium, und aus welchen Gründen (bitte Verichtsgründe aufgeschlüsselt nach sozialer Herkunft nennen)?
32. Welche Schlüsse für die Unterstützung von Studierenden und die Förderung des Studienerfolgs zieht die Bundesregierung aus der im Bildungsbericht 2020 genannten Tatsache, dass die Diversität der Studierenden zugenommen hat, was sich u. a. an einer beträchtlichen Altersspanne zu Studienbeginn oder den unterschiedlichen Bildungsverläufen vor dem Studium zeigt?
33. Wie bewertet die Bundesregierung ihre Anstrengungen, für gleiche Zugangschancen zur Hochschule zu sorgen, vor dem Hintergrund der Befunde des Bildungsberichts 2020, wonach Kinder aus Nicht-Akademiker-Familien seltener als Kinder aus Akademiker-Familien ein Studium aufnehmen?
Wie beabsichtigt die Bundesregierung, diesem anhaltenden Befund entgegenzuwirken?
34. Welche Ursachen hat es nach Auffassung der Bundesregierung, dass Studienberechtigte mit Migrationshintergrund bei schwächeren Schulleistungen bedeutend häufiger ein Studium anstreben als Studienberechtigte ohne Migrationshintergrund, die aus Elternhäusern mit niedriger sozialer Herkunft kommen?
35. Teilt die Bundesregierung die Erwartung der Autorinnen und Autoren des Bildungsberichts, dass die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie weitreichende Konsequenzen für die Weiterbildung haben werden, und wird die Bundesregierung im Rahmen der Bildungsforschung dazu beitragen, die Erhebung belastbarer Daten zu den erwarteten Veränderungen in Auftrag zu geben, und wenn ja, wie, wenn nein, warum nicht?
Was ist im Rahmen der sogenannten Nationalen Weiterbildungsstrategie geplant, um flexibel und agil auf die veränderte Situation zu reagieren?
36. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Autorinnen und Autoren des Bildungsberichts, wonach die Corona-Pandemie eine Gefahr für die berufliche Existenz der überwiegend neben- oder freiberuflichen Lehrkräfte in der Erwachsenen- und Weiterbildung ist?
Wie viele aus diesem Personenkreis sind nach Kenntnis der Bundesregierung betroffen?
37. Plant die Bundesregierung etwas zu unternehmen, um die Existenz von neben- oder freiberuflichen Lehrkräften in der Erwachsenen- und Weiterbildung zu sichern, welche bestehenden Förderinstrumente müssen angepasst oder neu geschaffen werden, und wenn ja, was, wenn nein, warum nicht?
38. Plant die Bundesregierung etwas zu unternehmen, damit es in wirtschaftsschwachen Regionen nicht zu besonders massiven Einbrüchen der Teilnahmequoten in der Erwachsenen- und Weiterbildung kommt, und wenn ja, was, wenn nein, warum nicht?

39. Inwiefern erwartet die Bundesregierung durch die Corona-Pandemie das Anwachsen neuer bzw. bestehender Ungleichheiten (z. B. einer Re-Traditionalisierung von Geschlechterrollen, Einbruch der Teilnahmequote in der Erwachsenen- und Weiterbildung speziell bei Frauen, Älteren, Personen mit Pflege- bzw. Sorgeaufgaben), und welche Gegenmaßnahmen plant die Bundesregierung?

Berlin, den 17. Juli 2020

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

